

Ich bitte den Vertreter des Ausschusses für Handel und Tourismus, die Vorsitzende Noack, das Wort zu nehmen.

Frau Noack, Vorsitzende des Ausschusses für Handel und Tourismus:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Heute ist wieder Freitag, aber nicht mehr Freitag, der 13. Wir haben als Ausschuß die Möglichkeit genutzt, am vergangenen Mittwoch noch einmal mit den Vertretern der einzelnen Handelsorganisationen zu sprechen. Die Diskussion oder auch Anhörung verlief recht ruhig, sachlich und konstruktiv. Ich hätte mir gewünscht, daß alle tangierenden Ausschüsse die Möglichkeit der Information dort genutzt hätten. Aber ich hätte mir auch gewünscht, daß mehr Presse bei dieser weniger spektakulären Anhörung dabei gewesen wäre.

An der Anhörung haben neben den Vertretern der Einzelhandelsbetriebe der Staatssekretär aus dem Ministerium für Handel und Tourismus, der stellvertretende Leiter des Amtes für Wettbewerbsschutz, Leiter der Warenhäuser, die hier in Berlin ansässig sind, der stellvertretende Leiter des Fruchthofes Berlin, der Großhandel in Lichtenberg und Vertreter der Gewerkschaften teilgenommen.

Im Mittelpunkt dieser Anhörung standen auch diesmal die Fragen: Wie kommt der Handel zu seinen Waren? Wie kommt der Handel zu seinen Preisen? Und es ging um Personalstrukturfragen.

Die Ausführungen der Großhändler legten Probleme dar, die sie bei der Kontinuität der Warenlieferungen, bei der Kalkulation der Preise, bei der Unbeweglichkeit der Handelsleiter in den Betrieben haben. Aber sie legten auch deren Grenzen dar, die ja bisher vorgegeben waren.

Meine Damen und Herren, ich bin selber jahrelang in einem Großhandelsbetrieb gewesen, und ich weiß, daß die Grenzen dort sehr hart waren. Wir waren Verteiler und nicht Händler. Wir hätten uns manchmal gefreut, wenn wir die Ware, die wir von überall her bekamen, auch hätten verkaufen können.

Nun steht die Frage der Kontinuität der Lieferung, und kein Handelsleiter eines Betriebes kann mehr bei einem Rat des Kreises oder bei einem Landrat anrufen und sagen, der Handel nimmt nicht ab, und dann gibt es rückwärts nicht die Weisung: Du hast abzunehmen! Und so kommt es sicher zu Problemen, die im Augenblick stehen, und ich glaube, je mehr wir in die Saison kommen, um so stärker werden die Probleme. Ich denke da nur an den Oderbruch und Kohl.

(Zwischenruf des Abgeordneten Prof. Dr. Heuer,
PDS - Heiterkeit)

Die Schlußfolgerung aus dieser Anhörung für den Großhandel war für uns, daß beide Partner aufeinander zugehen müssen. Die Erzeugerbetriebe, die Produzenten der Leicht- und Lebensmittelindustrie produzieren doch nicht zum Selbstzweck, die wollen verkaufen. Also müssen sie auch Anbieter der Ware sein. Zum anderen möchten natürlich auch die Großhändler Ware zum Verkaufen haben, und sie sollten Förderer der Ware sein. Dabei muß als oberstes Gebot Liefertreue stehen.

Speziell zu Fragen der Landwirtschaft im Zusammenhang mit dem Fruchthof wurde der Vorschlag unterbreitet, eine weitere Tagung mit dem Ausschuß für Landwirtschaft vorzunehmen, um dort diese Probleme noch einmal intensiv zu klären.

Sicher muß der Großhandel umgestaltet werden, meine Damen und Herren. Das geht weder von heute auf morgen, noch ist der Großhandel gänzlich totgesagt. Es wird Handelsketten geben, die einspurig handeln ohne den Großhandel, aber wir konnten uns als Ausschuß davon überzeugen, daß es auch in der Bundesrepublik und in anderen Ländern wohl einen Großhandel gibt, daß er für die Kleinhändler, für die Gaststätten eine Bedeutung hat. Wir sollten uns vielleicht gerade dieses System noch einmal genauer betrachten.

Ich kann hier für alle, die sich in Zukunft mit dem Großhandel in seiner veränderten Form anbieten, versichern, daß wir als Ausschuß unserer Vermittlerrolle gern gerecht werden wollen.

Meine Damen und Herren! Die Frage der Warenbeschaffung nahm einen Großteil unserer ganzen Anhörung ein. Dort wurde von den Vertretern der Betriebe noch einmal versichert, daß sie Fleisch, Milch und Brot zum überwiegenden Teil aus der Produktion der DDR zu kaufen gewillt sind. Aber dort bestehen oftmals Lieferprobleme.

Als Anforderung und Aufforderung sollte noch einmal der Appell an alle gehen, einen Konsens zwischen Produzenten und Händlern zu finden. Derzeitige Sonderverkäufe beleben sicher den Markt. Sie sind wirkungsvoll, aber sie sind natürlich kein Allheilmittel.

Zur Preisproblematik gab es weniger Diskussionen. Wir hatten auch nicht vor, uns wieder über spektakuläre Preise zu streiten. Insgesamt haben sich in den letzten Tagen die Preise sicher beruhigt. Dieser oder jener hat gelernt, wie man kalkulieren muß, mit welchen Spannen.

Ich kann hier erneut versichern, daß wir als Ausschuß bereits im Mai dem Ministerium für Handel und Tourismus gegenüber unsere Vermittlerrolle angeboten haben; denn kalkulieren muß man lernen, das kann man nicht so schnell. Auch in der BRD gibt es Billigpreise, Sonderangebote, aber es gibt auch reale Preise. Ich glaube, wir müssen Stück für Stück lernen, dieses zu vergleichen und dabei auch das Handelsniveau zu vergleichen. Der Billigladen hat ein anderes Niveau als der Laden mit teureren Preisen.

Die veröffentlichten Preisvergleiche der vergangenen Wochen haben sicher dazu beigetragen, daß sich vieles reguliert, hat. Aber eines wurde uns auch dort versichert, und auf eines haben wir gedrungen: Es darf nicht mehr Preise geben, die einheitlich sind, weder innerhalb eines Bezirks noch innerhalb der ganzen Republik. Wir sollten hier wirklich die Konkurrenz in den Preisen sehen. Die Preise werden durch den Markt bestimmt, und damit wird die Handelsvielfalt belebt.

Meine Damen und Herren! Wir können uns als Ausschuß nicht mit den in den letzten Tagen gemachten Äußerungen des Handelsministeriums einverstanden erklären, daß die ganze Problematik im Zusammenhang mit den Preisen auf Grund der derzeitigen Monopolstellung von Konsum und HO nicht verhersehbar gewesen sei. Bereits am 5. Juni hat es durch den Beirat deutsch-deutsche Handelsorganisation Vorstellungen und Vorschläge zur Entflechtung des Handels in den Kommunen gegeben. Vielleicht ist die Wirkung unterschätzt worden, die die Situation im Handel auf die Stimmung in der Bevölkerung hat.

Uns ging es bei dem Entflechtungsgesetz - das möchte ich noch einmal betonen - nicht um eine Zerschlagung. Es geht uns darum, daß es eine Vielfalt geben soll. Eine Vielfalt werden wir durch mehrere Schritte erreichen, und zwar zum einen durch die stückweise Entflechtung von HO und Konsum, wo dies möglich ist und wie es die Durchführungsbestimmungen zu diesem Gesetz sicher aussagen werden. Ich hoffe sehr, daß diese Durchführungsbestimmungen recht schnell wirksam werden, daß sie noch in dieser Woche bestätigt werden, damit dort wirklich etwas erreicht wird.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Frau Abgeordnete, darf ich Sie einmal kurz unterbrechen. Sind Sie bereit, auf eine Zwischenfrage einzugehen?

Frau Noack, Vorsitzende des Ausschusses für Handel und Tourismus:

Nein.

Aber, meine Damen und Herren, diese Entflechtung ist nur ein Teil. Es muß uns darum gehen, die Zahl der Geschäfte zu erhöhen. Wir alle wissen, daß die Verkaufsfläche in der DDR nur ein Drittel derjenigen in der Bundesrepublik ausmacht. Ich möchte von dieser Stelle aus erneut den Appell an alle Kommunen richten, an alle Landräte, an alle Oberbürgermeister, aber auch an alle Bürgermeister, Flächen - damit meine ich nicht nur die grüne Wiese, sondern auch Flächen in der Stadt, in Baulücken - vorzusehen, wo eine breitere Handelsvielfalt entstehen kann.